

Eschlkam will's machen wie Tirol

Oberpfälzer Gemeinde gründet mit tschechischem Nachbarort Bürgerinitiative gegen Transitverkehr

Von Carolin Federl

Eschlkam. „Wenn wir nichts tun, dann stehen die Lkw irgendwann bei uns im Garten“, stellt Josef Altmann die Situation in seinem Wohnort Eschlkam, einer 800-Seelen-Gemeinde im oberpfälzischen Landkreis Cham, direkt an der tschechischen Grenze, überspitzt dar. Und Altmann, Tourismusbeauftragter des Ortes, setzt noch einen drauf – wenn auch nicht ganz ernst gemeint: „Oder wir schicken unsere Touristen, die nach Tschechien rüber wollen, mit den Lastern mit, dann sparen wir uns die Busse.“

Es ist schon fast Galgenhumor, den Altmann aufbringen muss. Denn über die Staatsstraße durch Eschlkam brettern dem Tourismusbeauftragten zufolge „zu Spitzenzeiten an die 1100 Lkw täglich“, die dort über einen kleinen Grenzübergang weiter nach Tschechien wollen. Nur wenige Kilometer weiter, bei Furth im Wald, wäre ein großer Übergang, der über die Bundesstraße 20 erreichbar ist. Doch der Weg durch Eschlkam sei eine Abkürzung, die bei Lkw-Fahrern beliebt sei, sagt Altmann.

„Wir haben die Schnauze voll“

Die Anwohner im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet haben jedenfalls genug von dem internationalen Schwerlastverkehr,



Mit Fahrverboten – wie hier auf der A 10 Tauernautobahn – und anderen Maßnahmen wie Lkw-Blockabfertigungen versucht das österreichische Bundesland Tirol dem Verkehr Herr zu werden. – Foto: ADAC

den sie tagein tagaus ertragen müssen. „Es kann nicht mehr so weitergehen. Wir haben die Schnauze voll“, sagt Altmann. Gemeinsam mit der tschechischen Nachbargemeinde Vseruby, die mit dem gleichen Problem zu kämpfen hat, haben die Eschlkamer gestern Abend eine grenzüberschreitende Bürgerinitiative gegen den Lkw-Transit gegründet. Ihr Ziel: Die Lastwagen aus ihren Gemeinden verbannen. Am liebsten mit Fahrverboten nach

dem Vorbild Tirols. Das österreichische Bundesland setzt seit einigen Wochen am Wochenende Fahrverbote auf Ausweichrouten entlang von Landstraßen durch, um Dörfer in Autobahnnähe zu entlasten. Bis September soll die Maßnahme noch umgesetzt werden. Zudem gibt es immer wieder Blockabfertigungen für Lastwagen an der Grenze.

In Eschlkam kämpft Josef Altmann, der Gründer der Bürgerinitiative, schon seit über fünf Jahren

gegen den Schwerlastverkehr. Er hat schon eine Unterschriftenaktion initiiert und beim bayerischen Verkehrsministerium vorgesprochen – alles bisher ohne Erfolg. Doch jetzt müsse endlich etwas passieren. „Im Frühjahr erreichte uns ein Hilferuf mehrerer junger Eltern, die sagen, sie lassen ihre Kinder nicht mehr draußen spielen oder auf dem Bürgersteig Fahrrad fahren, weil sie Angst haben, dass ein Unfall mit einem Lkw passiert.“ Ein Alarmzeichen



Der Begründer der Bürgerinitiative: Josef Altmann. – Foto: privat

für den Tourismusbeauftragten. Die Straße durch Eschlkam und Vseruby „ist für dieses Verkehrsaufkommen einfach nicht ausgelegt“, sagt Altmann, der selbst Anwohner an der Strecke ist und daher aus eigener Erfahrung weiß, welche Belastungen das für die Bevölkerung mit sich bringt.

Er, der Eschlkamer Bürgermeister Josef Kammermeier, Vaclav Bernard, Bürgermeister von Vseruby sowie viele Mitstreiter sind überzeugt, dass es anders gehen muss. „Voriges Jahr war in Vseruby die Ortsdurchfahrt wegen Bauarbeiten gesperrt und die Laster mussten gezwungenermaßen eine andere Strecke nehmen. Die Besserung war für unseren Ort sofort spürbar“, sagt Altmann. „Endlich konnten wir in der Nacht mal wieder die Fenster aufmachen, ohne dass man dauernd den Lärm der Lkws gehört hat.“

Mit der neuen Bürgerinitiative wollen die beiden Gemeinden

nun verschiedene Projekte anstoßen und vor allem die Politik zum Handeln zwingen. „Die Tiroler haben mit ihren Fahrverboten nicht lange gefackelt, und nicht erst vorher die EU gefragt. Sie haben es einfach gemacht und schützen damit ihre Orte, die Umwelt und die Menschen. Das würde ich mir für uns auch wünschen“, sagt Altmann. „Wir selbst können zwar keine Straßen sperren, aber wir können uns wehren.“

Befürchtung: Ab Januar doppelt so viel Verkehr

Und das wird die Bürgerinitiative nun tun. Denn wenn nichts passiert, befürchten die Orte Eschlkam und Vseruby noch Schlimmeres: „Ab Januar könnte sich der Lkw-Verkehr durch Mautflüchtlinge noch verdoppeln. Denn dann führt Tschechien auf rund 900 Kilometern eine Maut ein, unter anderem auf der Strecke zum Hauptgrenzübergang bei Furth im Wald. Die Staatsstraße durch unsere Orte bleibt jedoch mautfrei“, erklärt Altmann. „Wir Deutsche haben uns mit unserer Maut zwar blamiert, aber auch die Tschechische Republik hat sich mit diesen Plänen nicht mit Ruhm bekleckert. Denn mit den mautfreien Strecken nach Vseruby und über die Grenze sind wir kleinen Gemeinden am Ende wieder die großen Deppen“, schimpft Altmann.

Mutter und Tochter vermisst: Polizei geht von Mord aus

Ehemann der Mutter gilt als tatverdächtig – 44-Jähriger sitzt in Untersuchungshaft

Von Marco Krefting und Britta Schultejans

München. Es begann als Vermisstenfall, jetzt ermittelt die Mordkommission: Gut eine Woche nach dem Verschwinden einer Mutter und ihrer Tochter in München glaubt die Polizei nicht mehr daran, die beiden lebend zu finden. „Wir gehen aktuell davon aus, dass Mutter und Tochter tot sind“, sagte gestern der Chefsprecher des Münchner Polizeipräsidiums, Marcus da Gloria Martins.

Der neue Ehemann der Mutter, mit dem sie seit rund einem Jahr verheiratet war, ist tatverdächtig und sitzt seit Sonntag in Untersuchungshaft. Der 44 Jahre alte Deutsch-Russe schweige zu den Vorwürfen. Der Haftbefehl laute auf „Totschlag in Tatmehrheit mit Mord“. Welche Indizien für die Beamten für Mord und gegen den Mann sprechen, verrieten sie aus

ermittlungstaktischen Gründen noch nicht.

Die 41-jährige Münchnerin und ihre 16-jährige Tochter gelten seit dem 13. Juli als vermisst. Laut einer Vermisstenanzeige des inzwischen verdächtigen Stiefvaters sollen sie die gemeinsame Wohnung im Stadtteil Ramersdorf verlassen haben, um in einem Einkaufscenter shoppen zu gehen. Ob sie dort jemals ankamen und ob sie sich überhaupt jemals auf den Weg dorthin machten, ist laut da Gloria Martins unklar. Von ihnen fehle jede Spur, an der Darstellung des Mannes gebe es Zweifel. „Wir gehen davon aus, dass die Aussagen, die im Rahmen der Vermisstenanzeigen gemacht wurden, Plausibilitätslücken haben“, sagte der Polizeisprecher. Die Angaben des Ehemannes, seine Frau und ihre Tochter seien zum Einkaufen aufgebrochen, „kann so durch Dritte nicht bestätigt werden“.



Marcus da Gloria Martins, Pressesprecher der Polizei München, zeigt auf einer Pressekonferenz Bilder vom Auto der Familie und vom tatverdächtigen Ehemann. Mit der Veröffentlichung des Bildes erhofft sich die Polizei Hinweise aus der Bevölkerung. – Fotos: dpa

Der Kriminologe Christian Pfeiffer äußerte sich allgemein und sagte, in rund 70 Prozent der Fälle, in denen Frauen getötet werden, seien Täter die Partner oder Ex-Partner. „Der gefährlichste Mann im Leben einer Frau ist der Ehemann oder der feste Partner. Da droht die höchste Gefahr, dass man getötet wird, dass man



vergewaltigt wird, dass man zusammengeschlagen wird.“

Gerade bei den Tötungsdelikten sei das Risiko in den vergangenen 20 bis 30 Jahren nur geringfügig gesunken, sagte der ehemalige Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen der Deutschen Presse-Agentur. Die Aufklärungsquote der

Polizei bei solchen Fällen liege bei mehr als 95 Prozent.

Mutter und Tochter galten nach früheren Mitteilungen der Beamten als zuverlässig. Daher sei ihr Verschwinden ebenso untypisch wie die Tatsache, dass sich die beiden seit Tagen bei niemandem gemeldet hätten. Infolgedessen startete die Polizei die Suche. Das Kommissariat 11 des Polizeipräsidiums München übernahm zunächst die Suche und richtete eine Ermittlungsgruppe namens „EG Duo“ ein.

Nach der Festnahme des 44-Jährigen geht die Polizei in die Offensive: Sie veröffentlichte gestern ein Foto des Verdächtigen in blau-weiß kariertem Hemd und hellen Shorts. Zudem gab sie Bilder der Autos der Familie (einen roten Hyundai i30 und ein anthrazitfarbener VW Tiguan) heraus. Sie hofft auf Zeugen, die den Verdächtigen oder die Frauen von Freitag, 12. Juli, bis Sonntag, 14. Juli, gesehen haben. – lby

Polizist erhält 32 Monate Gefängnis

Ansbach. Das Landgericht Ansbach hat einen Polizeibeamten wegen sexueller Übergriffe im Dienst zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kammer sah es gestern als erwiesen an, dass der 57-Jährige zwei Frauen in deren Wohnungen besuchte und sie unsittlich berührte. Der suspendierte Beamte verliert damit seinen Job und auch seine Pensionsansprüche. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Einer Rentnerin (heute 76) griff der Mann nach Überzeugung der Richter an die Brust und nutzte dabei seine Position als Polizist aus. Weil er dabei außerdem seine geladene Dienstwaffe mitführte, wurde er in diesem Fall wegen eines schweren sexuellen Übergriffs verurteilt. Im zweiten Fall verurteilte das Gericht den Beamten wegen sexueller Belästigung. Er soll einer Frau (heute 50) unvermittelt an die Brust gegriffen und verlangt haben, sie solle sich ausziehen. – lby

LESERBRIEFE

Zweifel an Humanität

Zum Bericht Merkel: „Seenotrettung ein Gebot der Humanität“ vom 20. Juli:

„Ich glaube nicht, dass Frau Merkel aus Humanität handelt, sondern aus politischen Motiven, besonders den Zwangsvorgaben des diktatorischen UNHCR-Programms Resettlement in Europa! Zur Seenotrettung: Ob sich ein Schiff in Seenot befindet, ist eine Tatsachenfrage, die der Kapitän des Schiffes, das zur Rettung in der Lage ist, beurteilen muss. Allein der Umstand, dass z.B. nicht genügend Schwimmwesten an Bord vorhanden sind, oder ein Schiff überladen ist, genügt nicht, um einen Seenotfall zu begründen und darüber die Rettungspflicht auszulösen. Es müssen Umstände einer konkreten Gefährdungslage hinzutreten, z.B., dass die Überladung dergestalt ist, dass sie zur Instabilität des Schiffes und somit zur konkreten Gefahr des Kenterns oder des Unterganges führt (...) oder aus sonstigen Gründen akute Gefahr für

Leib und Leben der an Bord befindlichen Personen besteht. Auch die bewusste und willentliche Herbeiführung einer ‚Seenot‘ durch die Migranten ist ein Straftatbestand, wie für jedes auf See befindliche Wasserfahrzeug. Zur Migration: Das Böse an unseren verantwortlichen Politikern ist, dass sie bewusst das Volk belügen. Jeder Polizist, jeder höhere Offizier, Politiker hat seit Jahrzehnten die Möglichkeit des Einblicks aus Erkenntnissen der Nachrichtendienste, Botschaften, (...) etc. Sie wissen seit 2005, dass eine immer stärkere illegale Migration nach Europa und vor allen Dingen in die Sozialsysteme stattfindet. (...). In ihrer arroganten Pharisäerhaftigkeit erkennen sie nicht, dass sie mitverantwortlich sind für den Menschenhandel (...). Fazit: Wenn die Migration nicht gestoppt wird, ist in absehbarer Zeit das Zusammenbrechen der Sozialsysteme in Deutschland und Europa zu erwarten. (...)“

Uwe von Faltn
Bad Reichenhall

Friedenswende muss her

Zur Berichterstattung über die Forderung nach höheren Rüstungsausgaben:

„Es ist nicht zu glauben: Kaum ist eine neue Verteidigungsministerin im Amt, betet sie die alte Leier ihrer Vorgängerin nach höheren Rüstungsausgaben nach. Ihr und allen Unterstützern – vor allem in der Union – möchte man zurufen: Hallo, aufwachen, der kalte Krieg ist über 30 Jahre vorbei! Die Lehren aus den vergangenen Zeiten heißen weltweit doch: Aufrüstungen bringen stets Kriege, Tod, Zerstörung und Flüchtlingselend. Die einzigen Gewinner sind die Rüstungsindustrien, weswegen diese natürlich Interesse haben, überall auf der Welt zu zünden.

Nein, wir brauchen ebenso wie die längst fällige Energiewende auch eine ‚Friedenswende‘. Konkret heißt das auch für uns in Deutschland: runter mit den Rüstungsausgaben und rauf mit dem Entwicklungsetat auf mindestens gleiches Niveau! Außerdem: Wir

müssen uns endlich freischwimmen von den törichtesten Forderungen der Hegemonialmacht USA. Wäre das nicht etwas für die ‚neue CSU‘ unter Söder?“

Sepp Rottenbacher
Halsbach

Alarmglocken schrillen

Zum Bericht „436 000 Christen verlassen Kirchen“ vom 20. Juli:

„Als gläubiger Mensch kann man nur den Kopf schütteln, was des ‚Herrgotts Bodenpersonal in den leitenden Funktionen und höheren Ebenen‘, sprich, die Entscheider in der sogenannten Heiligen Kirche, so alles anrichtet. Mir fehlt jegliches Verständnis dafür. Die Pfarrer, Diakone und sonstigen Funktionsträger in den unteren Ebenen der Kirche müssen das ausbaden. Nur ein Beispiel von vielen: Das Kirchenrecht mag sicher regeln, dass ein Priester (...), der heiraten will, das Priesteramt nicht mehr ausüben darf. Dass er aber auch nicht mehr als Diakon arbeiten darf, ist angesichts des akuten Personalman-

gels in der Kirche überhaupt nicht zu verstehen (...) Es drückt sich der Eindruck auf, dass man generell Änderungen ernsthaft gar nicht will. Es gibt Leute in der Kirche, die meinen, man würde die derzeit sich anbahnende Katastrophe schon irgendwie überstehen, weil man ja schon viele Krisen überstanden hat. Das könnte sich als fataler Irrtum herausstellen. (...) Wenn nicht 436 000 Kirchenaustritte in Deutschland in einem einzigen Jahr die Alarmglocken schrillen lassen, dann frage ich mich, was denn dann noch passieren muss. Ich will niemandem zu nahe treten, aber bei der letzten Bischofskonferenz in Rom saßen einige hundert Bischöfe und Kardinäle in ihren Gewändern mit Mitra und Bischofsstab und lauschten den Worten des Papstes. Ein beeindruckendes Bild – meinen sie wohl selber. Das mögen durchaus gescheite Menschen sein, aber möglicherweise würde eine Kleidung mit ‚T-Shirt, Jeans und Laptop‘ (übertrieben ausgedrückt) ein Signal für die

Menschen in Richtung Reformbereitschaft sein. Wenn man die Zeichen der Zeit schon früher erkannt und Bereitschaft zu Veränderungen gezeigt hätte, wäre es sicher nicht zu dem Vertrauensverlust bei den Gläubigen in derart gigantischem Ausmaß gekommen. (...)“

Konrad Grundner
Tacherting

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahrenden Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Berichte der PNP auch online kommentiert werden.

*

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94030 Passau
Fax: 0851/802-347
E-Mail: leserforum@pnp.de